

Weniger ist Schröder-Blair

Ein Papier und seine Gegner: „Der Weg nach vorne“ ist gefährlich

Wütend war der Aufschrei, der gegen das Schröder-Blair-Papier „Der Weg nach vorne“ durch die deutschen Lande ging. Und er hält an – mit jenen Argumenten, die zur Routine des deutschen Diskurses gehören. Es darf nicht sein, was sein muß: die Zurückdrängung des übermächtigen Staates, der zu Zeiten des „Wirtschaftswunders“ ein Viertel des Sozialprodukts verschlang und nun die Hälfte; die Minderung der Abgaben, die deutsche Arbeit zur teuersten der Welt machen; die Einhegung des Sozialsystems, das außer den Bedürftigen auch jenen hilft, die nicht arbeiten wollen; die Lockerung der Arbeitsmarkt-Kartelle, die Insider schützen und Outsider ins Sozialnetz werfen, aus dem die sich immer schwerer befreien können. Eine schreckliche Tautologie: Je länger die Arbeitslosigkeit währt, desto länger dauert sie an.

Das ist alles schon hundertfach gesagt und tausendfach zurückgewiesen worden von jenen, die fest daran glauben, daß sich nichts ändern darf und muß. Daß die Arbeitslosigkeit schwinden werde, wenn der Staat nur noch mehr nehmen und verteilen würde; daß an dem Unglück die „Globalisierungsfälle“ schuld sei, die sich ganz einfach demontieren ließe durch Konkurrenzabwehr, sprich: Mauern gegen „Lohndumping“ und Niedrigsteuer-Staaten.

Eine hübsche Theorie, die bloß immer wieder von den häßlichen Fakten demontiert wird. Obwohl die Zusammenhänge so schwer nicht zu begreifen sind, werden sie hartnäckig weggebogen und weggelogen. Umso interessanter sind die Zahlen des IWF, die Martin Wolf, der Doyen der Wirtschaftskommentatoren der *Financial Times*, gerade zusammengetragen hat. Es beginnt, wie immer, mit dem Vergleich Eurozone-USA: von 1970, als hier das Wirtschaftswunder zu wackeln begann, bis 1998, als die doppelstellige Arbeitslosigkeit längst zum drückenden „Besitzstand“ geworden war. Zwei schlechte Bilder, simple Kurven. Arbeitskosten in Euro-Land: steter Anstieg von 100 auf knapp 170. Beschäftigung: Die Kurve bleibt flach, steigt fast unsichtbar von 100 auf 110. Nun der Blick auf Amerika. Arbeitskosten: von 100 auf 125. Beschäftigung: von 100 auf 170. Die Kurven sind vertauscht: Hohe Kosten, niedrige Beschäftigung hier; niedrige Kosten, hohe Beschäftigung dort. Ein dramatisches Bild, aber es zeigt noch nicht alles. Im Vergleich zur arbeitsfähigen Bevölkerung: Wieviele Menschen finden Arbeit hier und dort? In der Euro-Zone ist der Anteil von 63 auf 57 Prozent gefallen, dort ist er von 62 auf 74 gestiegen.

Ein Fazit ist klar: Dort, in den USA, müssen mehr Leute in die Arbeit – wichtiger aber, sie finden sie auch. Hier hingegen gibt es nicht genug Arbeit, doch müssen die Menschen sie auch nicht so heftig suchen. Kein Wunder. Auf der einen Seite sorgt das „Arbeitsmarkt-Kartell der Insider“ dafür, daß die Konkurrenz der Anbieter abgeblockt wird. Die Zäune und Wälle, das sind die Flächentarife, die landesweite Hochpreise für Arbeit garantieren. Das ist das Beharren der Gewerkschaften auf enge „Lohnspreizung“, die zwar Gleichheit, aber auch Arbeitslosigkeit zeugt, weil niedrigqualifizierte („Muskel“-)Arbeit zu teuer wird.

Das ist der Kündigungsschutz, der einen perversen Anreiz zur Unterbeschäftigung schafft: Warum jemanden anstellen, den man in schlechteren Zeiten nicht entlassen kann; lieber machen wir Über-

stunden und heuern Maschinen an. Das ist das Ladenschlußgesetz, das den Ehrgeizigen daran hindert, seine Waren bis Mitternacht feilzubieten. Das ist der Krieg gegen „Scheinselbständigkeit“ und 630-Mark-Gesetz, der im Namen der Solidaritätsgemeinschaft die letzten Niedriglohn-Jobs zu vernichten sucht. Mithin: mehr Arbeitslosigkeit, mehr Belastung des Sozialnetzes, mehr Abgaben, mehr Arbeitslosigkeit.

Stolz aber sind die Euro-Ländler auf ihr Sozialsystem. Eine feine Sache, wird doch so jedermann von einem Netz aufgefangen, das ihm die bitterböse Armut erspart, an der noch unsere arbeitslosen Großväter gelitten haben. Nur: Setzen wir voraus, daß eine vierköpfige Familie auf eine Sozialhilfe (bar und unbar) von 2500 bis 3000 Mark kommt, daß beide Eltern noch einmal je 1000 in der Schattenwirtschaft dazuverdienen. Das wären bis zu 5000 Mark netto – genug, um nicht „normal“ arbeiten zu müssen. Von einer solchen Familie darf man vernünftigerweise nicht erwarten, daß sie in die konventionelle Arbeitswelt strebt.

Einwand: Was ist denn so schrecklich an diesem System? Haben wir so nicht ein uraltes Problem brillant gelöst? Wohl haben wir keine Vollbeschäftigungs-, aber doch eine „Volleinkommensgesellschaft“ geschaffen. Arbeitslosenzahlen wie 1932, aber demokratische Stabilität und ein beneidenswerter Lebensstandard für alle. Wir haben eben einen anderen Gesellschaftsvertrag als Amis und Tommies. Anders als die alimentieren wir reichlich jene, die nicht arbeiten können oder wollen. Und das ist gut für die Gesellschaft als Ganzes.

Richtig, aber *pourvu que ça dure*, daß es immer so weitergeht, wie Napoleons Mutter warnte. Die Frage ist nicht, ob wir ein feines System haben, sondern ob es überdauern kann. Die Antwort: Euro-Land kann nicht endlos den Mehrwert erwirtschaften, der es dem Staat erlaubt, mit immer weniger Erwerbstätigen immer mehr Nicht-Arbeiter zu finanzieren.

Warum nicht? Weil die Wirtschaft sich dem Staat immer erfolgreicher entzieht. Wer sie dennoch melken will, erntet bloß Kapitalexport und Steuervermeidung. Wer sich im verschärften Wettbewerb der Kostensenkung entgegenstemmt, begünstigt den Bankrott oder die Verdrängung von Menschen durch hochintelligente Maschinen. Ergo: Arbeitslosigkeit, die auf die Sicherungssysteme abgewälzt wird. Wohl ist „Downsizing“ auch in Amerika die Devise, aber mit einem mächtigen Unterschied: Wer seinen Job verliert, muß und kann einen neuen im explodierenden Dienstleistungs-Sektor finden. Wer aber wie in Euro-Land den Industrie- und Agrar-Sektor schützt, wird diese Revolution nach Kräften bremsen. Nostalgie contra Erneuerung.

Deshalb die Wut auf Schröder-Blair, die sich zuletzt am Sparpaket entzündet hat. Wenn Schröder doziert, daß „wir Leistung und Erfolg, Unternehmertum und Eigenverantwortung“ zugunsten einer „überproportionalen Ausweitung“ des Staates zurückgestellt hätten, greift er nicht nur Besitzstände, sondern vor allem die Machtverhältnisse, die Insider-Kartelle, an. Gewählt aber wurde die Sozialdemokratie, weil sie Schutz vor der Revolution versprochen hat. Wir haben die Regierung, die wir wollten, und sind nun sauer, weil die plötzlich das Falsche will, obwohl es in Wahrheit das Richtige ist.

JOSEF JOFFE